



**Interview.** Hannes Androsch skizziert, wie er die Reformblockade aufrollen will und wie Föderalismus und Sozialstaat die Staatsfinanzen in Schieflage bringen.

VON JOSEF URSCHITZ

# „Wir sind weniger gut, als wir glauben“

**Die Presse:** Europa taumelt von einer Staatskrise in die nächste. Wie geht es in diesem Umfeld Österreich?

**Hannes Androsch:** Österreich ist mit seiner positiven Leistungsbilanz in keiner schlechten Situation. Wir sind aber auch nicht so gut, wie wir uns ständig einreden. In internationalen Rankings holen die anderen auf, während wir von schlechten Positionen aus abstürzen.

**Sie meinen das schlechte Abschneiden beim PISA-Test?**

Ja, das ist eine Schande, eine Katastrophe. Wir haben das viertteuerste Bildungswesen und zugleich das viertschlechteste. Das ist eine tragische Inversion.

**Ist diese Erkenntnis noch nicht bis in die Regierung vorgedrungen?**

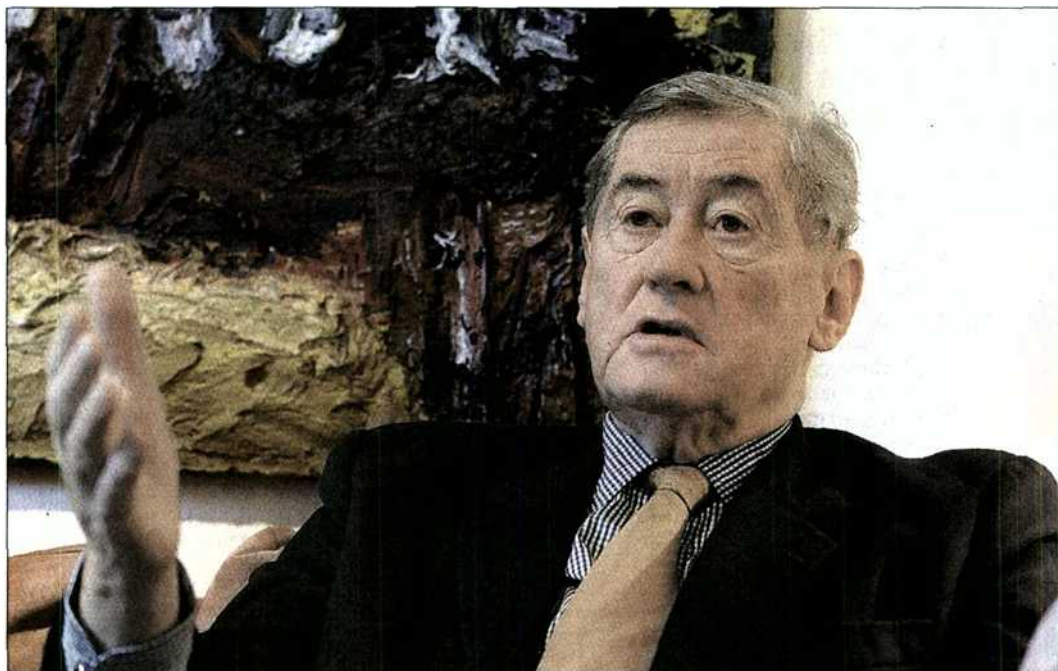
Nicht wirklich. Wir reden seit gut 20 Jahren über Nebenthemen wie Studiengebühren oder Gesamtschule. Aber wir haben immer noch keine Ganztagschulen und keinen Begleitunterricht, um Schwache zu stützen und die Besen zu fördern.

**Der Staat müsste da massiv investieren.** Ja, wir werden sicher ganztägige Betreuungseinrichtungen brauchen. Man muss aber auch den Lehrern eine entsprechende pädagogische Ausbildung und ordentliche Arbeitsplätze in der Schule geben. Da muss man an vielen Schrauben drehen.

**Wo beginnt man da am besten?**

Bei der Organisation. So, wie das derzeit organisiert ist, führt es bei allen Beteiligten zu einem Krampf und zu verheerenden Ergebnissen. Wenn 15-Jährige nicht das Mindestbildungsniveau für eine Lehre aufweisen, dann ist ihnen der weitere Lebensweg verstellt.

Die Bildungsproblematik ist ja nicht neu. Die Lösung scheitert aber an politischen Blockaden. Sonst müssten Sie ja nicht ein Volksbegehren initiieren. Diese Blockaden gibt es auch im Verwaltungs- und Gesundheitsbereich. Die muss man aufbrechen. Die Bildung ist ein erster entscheidender Ansatz. Da findet schon eine große Bewusstseinsbildung statt, die sich durch das katastrophale PISA-Ergebnis jetzt beschleunigt. Ich hoffe, dass die Politik davon den Impuls erhält, diese Blockade aufzulösen.



Hannes Androsch: „Wir schicken Ältere in den Transferhaushalt. Das ist versteckte Arbeitslosigkeit.“

**Gegen Ihren Optimismus spricht aber die österreichische Realverfassung mit der starken Stellung der Länder.**

Natürlich gehört die Bildung einheitlich beim Bund organisiert. Die Missbräuche, die da auf Landesebene passieren, sind ja nicht auszuhalten. Hunderte Inspektoren, parteipolitische Postenbesetzungen, das sind unerträgliche Zustände. Und natürlich gehört mehr Autonomie in die Schulen. Da könnte sich etwas bewegen, denn in der Landeshauptleuterkonferenz gibt es ja keine einheitliche Meinung mehr. Ich hoffe, dass sich die Blockierer weiter isolieren.

**Das könnte man nutzen, um gleich eine ordentliche Staatsreform einzufordern.**

Man kann nicht alles auf einmal machen. Jetzt ist die Bildung das wichtigste. Wenn der Stillstand hier überwunden wird, dann werden auch andere Bereiche in Bewegung kommen. Es fängt schon an: Der Gesundheitsminister hat ja einen recht vernünftigen Vorschlag gemacht...

**... und dafür die entsprechende Reaktion aus den Ländern erhalten.**

Das sind die üblichen Reflexe. Aber die Krise der Staatsfinanzen hat ja noch nicht einmal richtig begonnen. Ich bin mir sicher, auch

die Budgetsituation wird auf allen Ebenen für Einsicht sorgen.

**Auch bei den Ländern?**

Die sind ein wichtiger politischer Faktor mit historischen Wurzeln. Aber sie haben sich eine Position angemaßt, die ihnen nicht zusteht.

**Derzeit holen sie viel Steuergeld ab.**

Viel zu viel. Die Länder haben beim jüngsten Finanzausgleich einen ungebührlich hohen Anteil bekommen. Und jetzt noch einmal 800 Millionen zusätzlich. Das ist nicht nachvollziehbar. Mit dem Geld hätte man in Wissenschaft und Forschung einen großen Sprung machen können.

**Verwaltungseinsparungen sind aber wohl auch beim Bund möglich...**

Die Staatsverwaltung ist sicher nicht zu klein. Wenn wir mit unserem verrückten Dienstrecht 24.000 Verwaltungsbeamte beim Bundesheer haben und die Schweiz kommt mit 8000 aus, dann sollte das zu denken geben. Aber es gibt auch 2300 Gemeindeverwaltungen. Davon ist ein Drittel pleite und ein Drittel scheinot. Auch da gibt es Handlungsbedarf.

**Muss eigentlich der Sozialstaat so ausgebaut sein, wie er ist?**

Den Sozialstaat haben wir überdehnt. Die Schweizer und Skandinavier haben das schon kapiert. Wir noch nicht. Die Hacklerregelung beispielsweise geht genau in die falsche Richtung. Das ist eine Erfindung von Schlüssel und Haupt. Ich verstehe nicht, wieso die nicht längst abgeschafft ist.

**Das bedeutet aber Sozialabbau.**

Länger arbeiten ist kein Sozialabbau. Derzeit schickt man Ältere, die zu teuer werden, in den Transferhaushalt. Das ist keine Lösung. Wir haben 600.000 Frührentenisten, das ist zum größeren Teil versteckte Arbeitslosigkeit. Da lügen wir uns selber in den Sack. So etwas bringt die Finanzen in Schieflage und behindert die Zukunft.

**Noch eine Einschätzung: Wird es den Euro in vier Jahren noch geben?**

Ja, weil alles andere schlimmer wäre. Aber man muss jetzt von der Notverartzung zur Therapie schreiten. Und das heißt mehr Haushaltsdisziplin und ein Mindestmaß an gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wenn das nicht gelingt, marginalisiert sich Europa. Eine zerfallende EU bedeutet für jedes Mitglied den Rückfall in die völlige Bedeutungslosigkeit.